



Antrag auf Gewährung einer Zuwendung im Rahmen des Modellvorhabens „Praxisintegrierte Ausbildung zum:zur Erzieher:in“

Modelldurchlauf PiA _____ .0

An die

Senatorin für Kinder und Bildung
Abschnitt 132 - Zuwendungen
Rembertiring 8 – 12
28195 Bremen

Der Antrag ist im Original einzureichen.

Optional vorab per Mail an:

zuwendung@kinder.bremen.de

1. Antragsteller:in

Name des Trägers	
Name, Vorname d. Ansprechperson	
Postanschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)	
Telefon:	E-Mail

2. Inhaltliche Beschreibung der Maßnahme

Bitte erläutern Sie, wie und mit welcher **Zielsetzung** der Mitteleinsatz geplant ist:
(ggf. gesondertes Blatt als Anlage beifügen)

3. Antrag und Finanzierung

3.1. Maßnahme-Zeitraum

Beginn	Ende
--------	------

3.2. Kosten der Maßnahme

Ich beantrage eine Zuwendung im Rahmen des Projektes „Praxisintegrierte Ausbildung zum:zur Erzieher:in“ für folgende Einrichtungen und Auszubildende:

Einrichtung	Auszubildende:r		Gesamtkosten in €
	Name	Vorname	
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			
9			
10			
11			
12			
13			
14			
Gesamtkosten			

**Hinweis: Für jede:n Auszubildende:n ist eine detaillierte Berechnung als Anlage beifügen.
(siehe Anlage zum Antrag PiA X.0)**

3.3. Einnahmen

Eigenanteil:	
Erwartete Einnahmen:	
Sonstige Einnahmen:	
Gesamt:	



3.4. Finanzierungsplan und beantragte Zuwendung

Ausgaben gesamt (3.2.)	€
Abzgl. Einnahmen gesamt (3.3.)	€
= beantragte Zuwendung	€

4. Erklärungen des:der Antragsteller:in

- a) Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben noch nicht begonnen ist und dass es auch nicht vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides bzw. vor der etwaigen Genehmigung des vorzeitigen Beginns noch keine Aufträge vergeben wurden. Erforderlichenfalls wird ein Antrag auf Gestattung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns gestellt. In diesem Fall liegt das Finanzierungsrisiko beim Antragsteller.
- b) Nach dem am 1.9.2012 in Kraft getretenen Landesmindestlohngesetz gewähren die Freie Hansestadt Bremen und die Gemeinden Bremen und Bremerhaven sowie Einrichtungen im Sinne von § 4 Landesmindestlohngesetz Zuwendungen gem. §§ 23,44 LHO nur, wenn sich die Empfänger:innen verpflichten, ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens den festgelegten Mindestlohn zu zahlen. Dementsprechend verpflichtet sich der:die Antragsteller:in, ihren:seinen Arbeitnehmer:innen mindestens ein Entgelt von zurzeit **12,41 €** (brutto) je Zeitsunde zu zahlen.
- c) Der:die Antragsteller:in ist vorsteuerabzugsberechtigt (bitte ankreuzen):
Ja Nein
- d) Der:die Antragsteller:in versichert, dass er/sie ordnungsgemäß seine Geschäfte führt. Er:sie erklärt daher, dass nachfolgende Aussagen **unzutreffend** sind:
- Es wurde oder wird ein Insolvenzverfahren eröffnet.
 - Es liegt eine Verurteilung wegen Bankrotts und/oder Subventionsbetrugs und/oder Steuerhinterziehung vor.
 - Es bestehen Zahlungsrückstände bei Sozialversicherungsträgern.
 - Es bestehen Verstöße wegen tarifvertraglicher Verpflichtungen und/oder der Beschäftigung von Schwarzarbeitern und/oder gegen Arbeitsschutzregeln.
 - Verwendungs- und/oder Zwischennachweise wurden wiederholt verspätet vorgelegt.
 - Zuwendungen wurden wiederholt unwirtschaftlich verwendet und/oder nicht zweckentsprechend verwendet und/oder nicht alsbald verwendet.
 - Ausgaben wurden nicht belegt.
 - Fristen wurden wiederholt ohne hinreichende Gründe versäumt.
 - Einnahmen und/oder Ausgaben wurden nicht ordnungsgemäß verbucht. Die Bonität des:der Antragsteller:in ist gewährleistet.
- e) Der:die Antragsteller:in erklärt, dass er:sie und das von ihm/ihr rekrutierte Personal über die fachliche Eignung und Kompetenz verfügt, die zur Durchführung des Projekts und zur Umsetzung des Zuwendungsziels erforderlich sind.
- f) Der:die Antragsteller:in erklärt, dass für das von ihm:ihr rekrutierte Personal ein erweitertes Führungszeugnis nach § 30 a Abs. 1 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) vorliegt.

g) Erklärung zum Datenschutz:

Der:die Antragsteller:in erklärt, dass ihm/ihr bekannt ist, dass die Erhebung personenbezogener Daten zur Ermittlung und Überprüfung der Höhe der Zuwendung und der Einhaltung des Besserstellungsverbots erforderlich ist sowie dass ihm:ihr die entsprechenden Inhalte der Datenschutzinformation nach Art. 13 DSGVO (siehe Anlage), bekannt sind. Ferner erklärt er:sie, dass ihm:ihr bekannt ist, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten der Zuwendung nach § 2 Datenschutzordnung der Bremischen Bürgerschaft veröffentlicht werden können und das Zuwendungsdaten aufgrund § 11 Absatz 4 Ziffer 5 des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes – BremIFG – im Transparenzprotal veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zweckes nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Vorlagen des Haushalts- und Finanzausschusses sowie Bürgerschaftsdrucksachen werden auch im Internet veröffentlicht. Ferner erklärt der:die Antragsteller:in, dass er/sie das übermittelte Informationsschreiben zur Erhebung von Daten bei Dritten nach Art. 14 DSGVO auch an die betroffenen Beschäftigten weitergeleitet hat.

5. Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn

Hiermit wird die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns beantragt.

Der:dem Antragsteller:in ist bekannt, dass ein vorzeitiger Maßnahmenbeginn auf eigenes finanzielles Risiko erfolgt und eine etwaige Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmenbeginns keinen Anspruch auf Förderung begründet.

Da die Zustimmung nur in Ausnahmefällen erteilt werden kann, wird der Antrag konkret und detailliert wie folgt begründet (dringende sachliche Gründe im Hinblick auf die antragsbegünstigende Person; geplanter Beginn der Maßnahme):

Ausführliche Begründung (ggf. auf gesondertem Blatt fortfahren):

Bremen,

Ort, Datum

Stempel u. rechtsverbindliche
Unterschrift d. Antragsteller:in